
Pressemitteilung

Berlin, 30. April 2016

Nr. 4/2016

Endlager-Kommission stellt Bürgerinnen und Bürgern Berichtsentwurf vor

Bei einer zweitägigen „Konsultation Endlagerbericht“ hat die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe mit 200 interessierten Bürgerinnen und Bürgern ihre Vorschläge für die neue Suche nach einem Endlagerstandort diskutiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommentierten und bewerteten bis Samstag in Berlin Kernaussagen des Entwurfs des Kommissionsberichtes, der am Ende aus rund 400 Textseiten und einem umfangreichen Anhang bestehen wird. Mitglieder der Endlager-Kommission beschrieben die Grundlagen der neuen, auf gesellschaftlichen Konsens angelegten Standortsuche, wichtige Elemente der empfohlenen Bürgerbeteiligung und begründeten den von der Kommission empfohlenen Entsorgungsweg, die Endlagerung in einem Bergwerk mit Möglichkeiten zur Rückholung oder Bergung der radioaktiven Abfälle.

Die Endlagerung sei nicht nur eine technische Herausforderung, sagte der Kommissionsvorsitzende Michael Müller. „Voraussetzung für eine gelingende Standortsuche ist ein Grundvertrauen in den eingeschlagenen Weg und die Überzeugung, dass wir nach dem Ausstieg aus der Kernenergie deren Hinterlassenschaft gemeinsam bewältigen müssen.“ Kommissionmitglied Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung, betonte, dass ein offener Umgang mit vergangenen Konflikten um die Endlagerung und ein offener Umgang mit kommenden Konflikten bei der Standortauswahl Voraussetzung für deren Gelingen sei. Dafür benötige man seriöse transparente Beteiligungsangebote und ein unabhängiges Konfliktmanagement bei der Standortauswahl.

Die Bürgerinnen und Bürger diskutierten bei der Konsultation zunächst 22 Kernbotschaften des Berichts in Kleingruppen und kommentierten sie an PCs. Häufig wurde das „Nationale Begleitgremium“ kommentiert, das die das ganze Bundesgebiet einbeziehende mehrstufige Suche nach dem Endlagerstandort mit bestmöglicher Sicherheit von Anfang an begleiten soll. In einer Abstimmung befürwortete die Hälfte der Anwesenden, dass dem Gremium aus Vertretern gesellschaftlicher Gruppen auch nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger angehören sollen. Jeweils rund ein Viertel sprach sich gegen ausgewählte Bürger in dem Gremium aus oder enthielt sich. Nach den Worten von Kommissionmitglied Hartmut Gaßner soll die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Suche früh durch überregionale Veranstaltungen beginnen und dann über Regionalkonferenzen organisiert werden, sobald näher zu untersuchende Regionen oder Standorte feststehen. Dabei sollten auch Vertreter der Gemeinden beteiligt werden, in den sich bereits Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle befinden.

Der Kommissionvorsitzende Müller sagte, die Kommission wolle nach Möglichkeit auf einer weiteren Veranstaltung mit Bürgerinnen und Bürgern über die konkreten Empfehlungen an die Politik diskutieren, die sich aus ihrem Bericht ergeben. Um das schwierige Problem der Standortauswahl zu lösen, „müssen wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen“, betonte er.